STADT BIELEFELD
- Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz -

Sitzung Nr. AfUK/039/2025

Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz

am 12.02.2025

Tagungsort:	Rochdale-Raum, 2. OG, Altes Rathaus
Beginn:	17:00 Uhr
Ende:	19:00 Uhr

Anwesend:

CDU
Herr Tom Brüntrup
Herr Bernd Henrichsmeier
Herr Dr. Matthias Kulinna
Herr Tim Pollvogt
Frau Carla Steinkröger

SPD
Frau Dorothea Brinkmann
Herr Norbert Gerth
Herr Kai-Philipp Gladow
Frau Sarah Leffers

Bündnis 90/Die Grünen
Frau Dr. Phyllis Bollgönn
Herr Thomas Krause
Frau Romy Mamerow
Herr Dominik Schnell — Vorsitzender

Die Linke
Herr Carsten Strauch

Die PARTEI
Frau Leonie Bäumer

FDP
Frau Irene Binder

Beratende Mitglieder
Herr Cemil Yildirim
Herr Dr. Michael Schem

Bürgernähe (beratendes Mitglieder nach § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NRW)
Frau Gordana Kathrin Rammert

Stellvertretende beratende Mitglieder
Frau Anja Dörrie-Sell

Verwaltung

Herr Martin Adamski	Beigeordneter Dezernat 3
Frau Tanja Möller	Leiterin Umweltamt
Frau Meyer zu Bentrup	Umweltamt
Frau Birgit Reher	Umweltamt
Frau Ina Trüggelmann	Umweltamt
Frau Andrea Thiessat	Bauamt

Externe Berichterstattung

Herr Holger Mengedodt	Stadtwerke Bielefeld GmbH
Frau Katharina Wecken	Stadtwerke Bielefeld GmbH

Schriftführung

Frau Hanna Stemme	Umweltamt

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Schnell, begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung zur Sitzung und die Beschlussfähigkeit fest.

Herr Schnell weist auf das Absetzen der Tagesordnungspunkte 1, 6, 7 und 13 hin.

Herr Schnell erklärt, dass der Tagesordnungspunkt 8 vorgezogen werde und mit dem Vortrag der Stadtwerke GmbH zur Dekarbonisierung begonnen werde.

Er stellt die Zustimmung der Ausschussmitglieder fest.

-.-.-

Zu Punkt 1 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 37. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 19.11.2024

Der Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt, siehe vor Eintritt in die Tagesordnung.

- abgesetzt -

-.-.-

Zu Punkt 2 Mitteilungen

Es liegen keine Mitteilungen vor.

-.-.-

Zu Punkt 3 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

-.-.-

Zu Punkt 4 Behandlung der unerledigten Punkte der letzten Tagesordnungen

Zu Punkt 4.1 Standortkonzept Photovoltaik-Freiflächenanlagen in Bielefeld

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 7814/2020-2025

Herr Schnell begrüßt Frau Meyer zu Bentrup, Umweltamt, und Frau Thiessat, Bauamt, für mögliche Rückfragen.

Herr Adamski führt in die Thematik ein. Er informiert über die zurückliegende umfangreiche Beratungsfolge, die Beratungen in den Bezirksvertretungen und im Stadtentwicklungsausschuss. Im Vorfeld dazu habe es unter anderem Gespräche mit Vertretern der Landwirtschaft, den Flächeneigentümern, den Naturschutzverbänden, Gewerbetreibenden, der Industrie- und Handelskammer und Handwerkskammer gegeben. Alle seien der Meinung, dass die vorliegende Planung ein gutes strategisches Instrument darstelle. Es handele sich um ein planerisches Instrument, um den Prozess zu beschleunigen. Darauf folge die Bauleitplanung. Das größte Photovoltaik-Potenzial liege auf den Dachflächen und versiegelten Flächen der Stadt.

Frau Rammert erkundigt sich zur Finanzierung und schlägt die Möglichkeit eines Bürgerfonds vor.

Herr Adamski erläutert, dass es sich um eine Hilfestellung und bereits genannte „Vorarbeit“ zur Verfahrensbeschleunigung handele. Das Investment müssten andere tätigen. Er berichtet kurz von der Gründung einer ersten Bürgergenossenschaft zur Entwicklung einer Photovoltaik-Freifläche.

Herr Gladow stellt dar, dass die SPD-Fraktion der Vorlage mit den Änderungen des Stadtentwicklungsausschusses zustimme. Die erforderlichen Diskussionen seien bereits geführt worden oder würden noch im Rat passieren. Er freue sich auf die Umsetzung.

Herr Henrichsmeier führt aus, dass ihm in der Vorlage die Priorisierung von Standorten auf Dachflächen und als Lärmschutz fehle. Er bittet um die Aufnahme dieses Punktes. Es gehe um Flächen, die für die Landwirtschaft, das Gewerbe, zum Wohnen und zur Energiegewinnung benötigt würden. Dies müsse als Gesamtpaket gesehen werden. Weiter bittet er, auch zukünftig die Bezirksvertretungen zu informieren und auf städtischen Flächen eine Prüfung der Möglichkeiten vorzunehmen.

Frau Meyer zu Bentrup nimmt hierzu Stellung und berichtet von den drei Ergänzungen, welche in Stieghorst beschlossen worden seien. Die angesprochene Priorisierung sei bereits im Standortkonzept auf Seite 3 enthalten. Dies beruhe auch auf den Grundsätzen im Regionalplan OWL 2024, auch hier sei dies festgelegt. Die Erläuterungen zu den geänderten Beschlusspunkten der anderen Gremien seien auch in der im Ratsinformationssystem hinterlegten Mitteilung zu finden.

Herr Adamski erklärt, dass die zusätzliche Aufnahme des Punktes der Priorisierung nicht schädlich sei.

Herr Krause erläutert, dass die Änderungen des Stadtentwicklungsausschusses mit aufgenommen werden sollten, die zusätzliche Aufnahme des bereits enthaltenen Punktes der Priorisierung sehe er leidenschaftslos.

Auf Nachfrage von Herrn Pollvogt führt Herr Adamski aus, dass es sich bei den in der Bezirksvertretung Sennestadt herausgenommenen Flächen um hofnahe Flächen, welche die Landwirtschaft vor Ort benötige, handele. Die Flächen, welche als Alternative genannt worden seien, würden geprüft.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Kulinna führt Herr Adamski aus, dass es sich um den üblichen Prozess der Bauleitplanung handele. Es gebe einen Aufstellungsbeschluss, welcher zunächst in die Bezirksvertretung eingebracht werde. Die Empfehlung der Bezirksvertretung müsse anschließend vom Stadtentwicklungsausschuss bestätigt werden.

Herr Schnell fasst zusammen, dass der Beschlussvorschlag um die beiden im Stadtentwicklungsausschuss beschlossenen Punkte und um einen dritten neuen Punkt zur Priorisierung von Standorten auf Dachflächen und Lärmschutzwänden ergänzt werde.

Er stellt die Zustimmung der Ergänzungen fest und lässt über den ergänzten Beschlussvorschlag abstimmen.

Es ergeht folgender, um Punkt 1 bis 3 ergänzter

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz empfiehlt dem Rat das als Anlage beigefügte Standortkonzept als strategische Planungsgrundlage für die Ermittlung geeigneter Standorte und die Steuerung der Umsetzung von Photovoltaik-Freiflächenanlagen in Bielefeld *mit folgenden Ergänzungen* zu beschließen:

1. ***Die Verwaltung möge die in der anliegenden Karte dargestellten, rot umrandeten Flächen, in Sennestadt hinsichtlich ihrer Eignung als Standorte für Photovoltaik-Freiflächenanlagen prüfen. Vor jeglicher weiteren Planung soll mit den Flächeneigentümer*innen besprochen werden, ob eine grundsätzliche Bereitschaft für diese Nutzungsmöglichkeit auf den genannten Flächen besteht.***

2. ***Vor der Aufnahme von Planungen von Photovoltaik-Anlagen ist zunächst mit den betroffenen Eigentümern der Flächen das Gespräch zu suchen.***

3. ***Das Standortkonzept wird ergänzt um eine Priorisierung von Standorten auf Dachflächen und Lärmschutzwänden.***

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 4.2 Prüfung der Installationsmöglichkeiten großflächiger Photovoltaikanlagen

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 7818/2020-2025

Nach Aussprache von Herrn Krause zu den Möglichkeiten berichtet Herr Adamski kurz über die vorliegende Vorlage.

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 5 Anträge

Zu Punkt 5.1 Prüfauftrag beleuchtete Spielplätze (Antrag von Herrn Gugat [Einzelvertreter LiB] zur Drucks.-Nr. 9181/2020-2025)

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 9301/2020-2025

Herr Schnell erläutert, dass zu dem aus dem Rat in den Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz verwiesenen Antrag eine Einschätzung der Verwaltung im Ratsinformationssystem eingestellt worden sei.
Es sei im Rahmen der Koalitionsvorbesprechung die Bitte an ihn herangetragen worden, zu prüfen, ob die Möglichkeit bestehe, den Prüfauftrag mit der Planung der barrierefreien Spielplätze zu kombinieren.

Frau Dörrie-Sell bietet an, den Auftrag gerne für den Arbeitskreis mitzunehmen.

Herr Adamski ordnet die Thematik ein. Der Jugendhilfeausschuss habe die Verwaltung beauftragt, in jedem Bezirk einen verbesserten barrierefreien Spielplatz zu erstellen. Das Budget belaufe sich auf 50.000 Euro.
Zum vorliegenden Antrag zur Beleuchtung von Spielplätzen habe sich die Verwaltung klar geäußert. Es gebe keine rechtliche Verpflichtung, aus naturschutzfachlicher Sicht stelle die Beleuchtung eine Lichtverschmutzung dar. Es gebe viele gute Gründe, die gegen eine Beleuchtung sprächen, diese Ansicht vertrete auch die Verwaltung. Wenn jedoch eine Investition getätigt werden solle, schlage er vor, ein Augenmerk auf Spielplätze zu legen, welche aufgrund ihrer Ausstattung, Lage, etc. bereits über ihr Wohnquartier hinaus viele Menschen erreichen würden und bei denen möglicherweise bereits die Zuwegung bereits beleuchtet sei. Wenn eine gewisse Überfrachtung keine naturschutzfachlichen und artenschutzrechtlichen Probleme verursache, dann könne der Aspekt der Beleuchtung gerne mitgedacht werden. Bei der zusätzlichen Investition müssten Vorgaben und Normen beachtet werden, um die Verkehrssicherungspflicht einzuhalten.
Es gehe bei der Beleuchtung insbesondere um die dunkle Jahreszeit.
Es sei sinnvoll, die Prüfung der Beleuchtung mit der Barrierefreiheit der Spielplätze zu kombinieren. Beschlossen worden sei ein barrierefreier Spielplatz pro Bezirk, aufgrund der finanziellen Mittel, müsse jedoch eine Priorisierung erstellt werden. Das Vorgehen werden mit den Betroffenen und dem Jugendhilfeausschuss besprochen. Vermutlich könnten nicht alle barrierefreien Spielplätze beleuchtet werden. Er schlägt vor, den Fokus auf einen Spielplatz bezüglich der Beleuchtung zu setzen. Die genannten Bedenken müssten beachtet werden, beispielsweise dürfe keine Fledermauspopulation vertrieben werden.

Herr Gladow führt aus, dass er es grundsätzlich positiv sehe, hier Synergien zu schaffen. Bei der Prüfung müsse besonders in Bezug auf die nachtaktiven Tiere die Dauer der Beleuchtung beachtet werden.

Herr Pollvogt hinterfragt die Frequentierung bei Dunkelheit und stellt das Bedürfnis in Frage.

Frau Dörrie-Sell betont, dass die Spielgeräte wie beispielsweise die Rollstuhlschaukel für alle Kinder seien.

Frau Brinkmann nimmt auf die Äußerung von Herrn Pollvogt Bezug. Sie sehe dies anders. Immer wieder werde die mangelnde Bewegung der Kinder thematisiert. Die Beleuchtung vereinzelter Spielplätze könne besonders in der dunklen Jahreszeit dem Bewegungsdrang der Kinder zugutekommen.

Herr Strauch erklärt, dass es sich zunächst um einen Prüfauftrag handele. Zudem handele es sich um ein Pilotprojekt, hier könne die Frequentierung getestet werden. Den Aspekt der Beleuchtung im Rahmen der Planung der Barrierefreiheit mitzudenken halte er für sinnvoll. Die Rahmenbedingungen für eine Beleuchtung müssten stimmen. Zusätzlich sei eine konkrete Vorstellung und Beschlussfassung notwendig.

Frau Steinkröger führt aus, dass sie die Ausführungen der Verwaltung sehr gut nachvollziehen könne. Sie begrüße im Gegensatz zur Beleuchtung die integrativen Spielplätze sehr.

Frau Brinkmann schlägt aufgrund der vorherigen Aussprache folgenden Beschlusstext vor: Die Verwaltung wird gebeten, im Zuge der Planung der Barrierefreiheit von Spielplätzen zu prüfen, ob vereinzelte Spielplätze bis 20 Uhr beleuchtet werden können.

Herr Schnell vernimmt die Zustimmung zum geänderten Beschlussvorschlag und lässt hierüber abstimmen.

Es ergeht folgender geänderter

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, im Zuge der Planung der Barrierefreiheit von Spielplätzen zu prüfen, ob vereinzelte Spielplätze bis 20 Uhr beleuchtet werden können.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 5.2 Biodiversitätsstrategie für die Stadt Bielefeld (Antrag der CDU vom 31.01.2025)

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 9506/2020-2025

Herr Dr. Kulinna führt aus, dass die CDU nach wie vor der Meinung sei, dass eine Biodiversitätsstrategie in Bielefeld noch nicht vorliege und es sinnvoll sei, die Maßnahmen in einer Strategie zusammenzuführen. Es solle im Rahmen eines Prüfauftrags erarbeitet werden, welche Ressourcen für die Erarbeitung einer Strategie erforderlich seien. Im Anschluss daran solle diese Strategie beschlossen werden. Es gehe darum, dem Insektensterben in Bielefeld etwas entgegenzusetzen.

Herr Gladow äußert, dass er den Antrag nachvollziehbar finde. In der Stadt gebe es jedoch bereits viele Maßnahmen. Die zusätzliche Erarbeitung einer Strategie halte er nicht unbedingt für notwendig. Er bittet die Verwaltung vorzustellen, welche Kosten und Ressourcen notwendig seien, um diese Strategie zu erstellen und in welchem Zeitrahmen die Umsetzung möglich sei. Weiterhin bittet er die Verwaltung die umgesetzten Biodiversitätsmaßnahmen vorzustellen und einen Ausblick zu geben, welche weiteren Maßnahmen für erforderlich gehalten würden.

Herr Adamski greift die Gedanken auf. Ein belastbares und verständliches, in die Zukunft schauendes Konzept mit Steckbriefen, Bestand- und Potenzialanalysen, Strategien, Kosten und Maßnahmen sei zeit- und geldaufwendig. Die Ressource hierfür liege nicht vor. Er schlägt vor, in der Sitzung im Mai vorstellen zu lassen, was dies bedeute, welche Maßnahmen bereits für die Biodiversität in Bielefeld umgesetzt seien, ob eine Strategie noch erforderlich sei, welche zeitlichen und finanziellen Ressourcen gebunden würden und wie ein Zeitplan aussehen könne. Die Kosten seien im Doppelhaushalt nicht abgedeckt. Inhaltlich halte er das Angesprochene auf jeden Fall für sinnvoll.

Herr Dr. Kulinna äußert, dass es im Antrag darum gehe, zu prüfen, welche Ressourcen notwendig seien für die Erstellung des Konzeptes.
Er bedankt sich für das Angebot, nimmt dieses an und zieht den Antrag aufgrund dessen zurück.

- zurückgezogen -

-.-.-

Zu Punkt 5.3 <u>Bericht zum aktuellen Zustand des städtischen Waldes in Bielefeld (Antrag der CDU vom 03.02.2025)</u>

<u>Beratungsgrundlage:</u>
Drucksachennummer: 9507/2020-2025

Frau Steinkröger bezieht sich auf den Beschluss, dass im zweijährigen Turnus ein Waldbericht erstellt werden solle und führt aus, dass sie es für sinnvoll erachte, neben dem Betriebsausschuss Umweltbetrieb auch diesen Ausschuss über den aktuellen Zustand des städtischen Waldes zu informieren.

Herr Adamski führt aus, dass vor einigen Jahren das Naturwaldkonzept beschlossen worden sei. Dieses Konzept gehe weit über den Waldbericht hinaus. Über das Naturwaldkonzept werde voraussichtlich vor der Sommerpause berichtet. Somit entfalle der Zwischenbericht in diesem Jahr. Möglicherweise sei auch eine Information der Bezirke sinnvoll. Er verweist auch auf die Waldzustandsberichte auf Landes- und Bundesebene. Das Naturwaldkonzept werde jedoch deutlich genauer auf Bielefeld zugeschnitten sein.

Frau Steinkröger bedankt sich für die Ausführungen und zieht aufgrund dessen den Antrag zurück.

Frau Brinkmann bittet die Informationen auch den Bezirken zur Verfügung zu stellen.

- zurückgezogen -

-.-.-

Zu Punkt 5.4 **Nachtfahrverbot für Mähroboter zum Igelschutz**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 9432/2020-2025

Herr Schnell berichtet, dass um eine 1. Lesung gebeten worden sei. In der nächsten Sitzung werde die Thematik umfassend behandelt.

Er stellt die Zustimmung zur 1. Lesung fest.

- 1. Lesung -

-.-.-

Zu Punkt 6 **Mitgliedsbeiträge für den Naturpark Nördlicher Teutoburger Wald -TERRA.vita**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 9446/2020-2025

Der Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt, siehe vor Eintritt in die Tagesordnung.

- abgesetzt -

-.-.-

Zu Punkt 7 **Anpassung der Verbandsumlage für den Naturpark Teutoburger Wald/ Eggegebirge**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 9447/2020-2025

Der Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt, siehe vor Eintritt in die Tagesordnung.

- abgesetzt -

-.-.-

Zu Punkt 8 **Vortrag Stadtwerke - Dekarbonisierung der Fernwärme**

Herr Schnell begrüßt die Vortragenden Frau Wecken und Herrn Mengedodt, Stadtwerke Bielefeld GmbH.

Die Vortragenden berichten über die Dekarbonisierung der Fernwärme.

Hinweis der Schriftführung:
Der Vortrag ist anhand der im Ratsinformationssystem einsehbaren Präsentation nachzuvollziehen.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Kulinna führt Herr Mengedodt aus, dass der Mengenrückgang vor allem auf die verbesserte Wärmedämmung und das veränderte Klima zurückzuführen sei.
Es bestehe kein Anschlusszwang bei der Fernwärme.
Zur Thematik Wärmespeicher erklärt er, dass bereits große Wärmespeicher genutzt würden.

Frau Wecken erläutert, dass bei der Nahwärme immer die Vor-Ort-Situation geprüft werden müsse. Es sei ein komplexes Zusammenspiel von verschiedenen Betrachtungen.

Auf Nachfrage von Herrn Pollvogt zu Möglichkeiten der Umstellung auf grüne Gase führt Herr Mengedodt aus, dass der Fokus langfristig auf Wasserstoff liege. Bis 2032 solle Bielefeld an das Wasserstoffnetz angeschlossen werden. Es werde geprüft, ob Wasserstoff als Möglichkeit des kurzfristigen Abfangens von Stromspitzen dienen könne.

Frau Wecken führt auf Nachfrage von Frau Mamerow aus, dass bei der Wärmeplanung bereits berücksichtigt sei, dass ein Rückgang der Nachfrage stattfinde. Es werde geschaut, wo trotz des Rückgangs ein Fernwärmenetz für alle lohnenswert sei.
Im Rahmen der Kommunalen Wärmeplanung sei einsehbar, welche Gebiete grundsätzlich für die Fernwärme geeignet seien. Geplant sei, dass zukünftig auf der Internetseite der Stadtwerke fortlaufend über den aktuellen Ausbaustatus informiert werde.

Herr Mengedodt erläutert auf Nachfrage von Herrn Dr. Schem zur chemischen Speicherung, dass Biomethan gut gespeichert werden könne.

Herr Adamski führt aus, dass die Kommunale Wärmeplanung in Bielefeld sehr früh auf den Weg gebracht worden sei. Proaktiv würde über die Kommunale Wärmeplanung und die Möglichkeiten vor Ort auch in den Bezirksvertretungen informiert.

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 9 Kommunale Wärmeplanung – Verfahren zur Offenlegung

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 9480/2020-2025

Frau Reher berichtet über die Informationsvorlage zum weiteren Verfahren zur Offenlegung. Auch die Bezirksvertretungen würden in dieser und nächster Woche ausführlich informiert. Über die weiteren Schritte werde auch in der Umsetzungsphase berichtet. Die Wärmeplanung werde alle

fünf Jahre fortgeschrieben. Es werde technologie- und projektoffen geplant.

Die Ausschussmitglieder bedanken sich ausdrücklich bei der Verwaltung und den Stadtwerken.

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 10 Bielefelder Klimabeirat

Zu Punkt 10.1 Bericht aus dem Bielefelder Klimabeirat

Über die letzte Sitzung des Bielefelder Klimabeirates wurde bereits berichtet.

-.-.-

Zu Punkt 10.2 Förderungen von Spülmobilen auf öffentlichen Veranstaltungen

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 9381/2020-2025

Frau Reher führt auf Nachfrage von Herrn Brüntrup aus, dass es sich um das umgangssprachlich als Budget des Bielefelder Klimabeirates bezeichnete Budget handele.

Es ergeht folgender

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz beschließt, die Förderrichtlinie „für die Anmietung von Spülmobilen zum Einsatz bei Veranstaltungen im Stadtgebiet Bielefeld“ auch in 2025 weiterzuführen und hierfür ein Budget von 5.000 € aus dem Klimabudget zur Verfügung zu stellen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 11 Bericht aus dem Naturschutzbeirat

Frau Möller berichtet über den öffentlichen Teil der letzten Sitzung des Naturschutzbeirates am 04.02.2025. Sie informiert kurz über die folgenden behandelten Themen: Neuaufstellung des Bebauungsplanes Nr. III/A 20 „Gewerbegebiet südlich der Vinner Straße und östlich der Straße Kreuz-

busch einschließlich einer Fläche nördlich des Vogelbach“, Gewerbeentwicklung Windflöte, Bauvorhaben Grundschule Sieker, Umbau der Versickerungsanlage Quelle/Alleestraße zu einem Gewässerretentionsraum, ICE-Trassenplanung in der Johannisbachaue, Errichtung einer Windenergieanlage in Brönninghausen – Dauerhafte Zuwegung, Übersicht der Zahlen Amphibienwanderung 2022-2023, Schnitt- und Rodungsarbeiten 2024 der Grünunterhaltung des Umweltbetriebes.

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 12 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Zu Punkt 12.1 Kampagne Bielefeld für die Igel - hier: Einladung zur Wanderausstellung Igelleben

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 12.2 Auswirkungen PFAS Reiherbach

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 9504/2020-2025

Frau Möller informiert über die vorliegende Vorlage. In der Bezirksvertretung Senne werde es am 13.02.2025 einen ausführlichen Vortrag zu dieser Thematik geben. Sie sagt zu, dass die Präsentation nach der Vorstellung in der Bezirksvertretung Senne auch für diesen Ausschuss im Ratsinformationssystem eingestellt werde.

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis -

-.-.-